

A b s c h r i f t

Flensburg, den 20. Aug. 1945

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände.

- 1.) Angesichts der grossen Not unseres Volkes schliessen sich das Hilfswerk der Landeskirche Schleswig-Holstein, die Arbeiterwohlfahrt, der Caritas-Verband, das Deutsche Rote Kreuz, die Innere Mission und die jüdische Wohlfahrt zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Der Sitz dieser Arbeitsgemeinschaft ist K i e l. Der Vorsitz wird dem Beauftragten des Landeskirchlichen Hilfswerks übertragen. (Vertretung die Arbeiterwohlfahrt).
- 2.) Wenn von anderer Seite kein Einspruch erhoben wird, übernimmt diese Arbeitsgemeinschaft von der bisherigen Notgemeinschaft den Namen "Notgemeinschaft der Provinz Schleswig-Holstein".
- 3.) Als Organ der Arbeitsgemeinschaft wird ein Ausschuss gebildet, der sich aus den Leitern der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände zusammensetzt. Den Mitgliedern des Ausschusses steht es frei, im Falle der Verhinderung einen bevollmächtigten Vertreter in die Sitzungen des Ausschusses zu entsenden.
- 4.) Um eine enge Zusammenarbeit mit den Behörden und sonstigen Dienststellen zu gewährleisten, wird der Minister für Volkswohlfahrt gebeten, den Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft als beratendes Mitglied beizutreten. Es steht dem Ausschuss frei, darüber hinaus die eine oder andere auf dem Gebiet der Wohlfahrtsarbeit erfahrene Persönlichkeit jeweils zu den Sitzungen und Beratungen hinzuzuziehen bzw. sie zu einem dauernden beratenden Mitgliede des Ausschusses zu ernennen.
- 5.) Wie für die Provinz sollen auch für die Kreise und Gemeinden Arbeitsgemeinschaften mit entsprechenden Ausschüssen in entsprechender Zusammensetzung und Gliederung nach Massgabe der örtlichen Verhältnisse gebildet werden. Diesen Ausschüssen gehören der Landrat und der Leiter des Kreis-Wohlfahrtsamtes bzw. der Bürgermeister oder der Wohlfahrtsbearbeiter der Gemeinden als Mitglieder mit beratender Stimme an. Auch in dieser Instanz steht es den Ausschüssen frei, die eine oder andere Persönlichkeit zu einem dauernden beratenden Mitgliede zu ernennen, deren Rat und Erfahrung für die Erfüllung der Aufgabe wichtig erscheint.
- 6.) Für den inneren und äusseren Geschäftsverkehr wird in Kiel eine Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft errichtet, die nach Möglichkeit von einem Juristen geleitet wird, der vom Vorsitzenden des Ausschusses vorgeschlagen und vom Ausschuss gewählt wird.
- 7.) Es besteht Einstimmigkeit darüber, dass jeder einzelne Verband im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft seine Arbeit nach seinen eigenen Richtlinien zu gestalten hat, und dass das Prinzip einer gesunden Ausgliederung gewahrt bleiben soll. Dementsprechend ergeben sich für die Arbeitsgemeinschaft folgende Aufgaben:
 - a) Unbeschadet gewisser Gemeinschafts-Aktionen aus bestimmten Anlässen hält jeder Verband zur Aufbringung der Mittel seine eigenen Sammlungen ab. Um dabei Unordnung und Überschneidung zu vermeiden, werden nach einer Jahresordnung, die jeweilig am Anfang des Jahres gemeinsam aufgestellt wird, die Monate auf die verschiedenen Verbände verteilt. Es steht den gleichgearteten Verbänden frei, sich zu Sammelgemeinschaften zusammenzuschliessen.
 - b) Der Arbeitsgemeinschaft obliegt die Vertretung der freien Wohlfahrtsarbeit gegenüber der Militär-Regierung und den deutschen Behörden. Ihre Geschäftsstelle sorgt für einen reibungslosen

Verkehr

Verkehr mit diesen Dienststellen und gewährleistet eine enge Zusammenarbeit der Verbände untereinander. Es gehört zu ihren Aufgaben, sich um die Beschaffung von Gerät und Ausrüstungsgegenständen zu kümmern, die von den Verbänden benötigt werden.

- c) Es ist Sache des Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft, die für die Gesamtheit der Verbände aus dem Auslande kommenden Liebesgaben zu verteilen. Er ist ferner darauf bedacht, dass bei den an die einzelnen Verbände gerichteten Liebesgaben die Verteilung möglichst nach gleichen Richtlinien durchgeführt wird.
 - d) Es ist Sache des Ausschusses, für die Verteilung von Unterstützungen in den Gemeinden Richtlinien aufzustellen, durch die Doppelbetreuungen und Ueberschneidungen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden.
 - e) Der Ausschuss sorgt für einen ständigen Austausch von Erfahrungen der einzelnen Verbände.
- 3.) Zur Deckung der Kosten, die durch die Erfüllung der genannten Aufgaben und durch die Unterhaltung der Geschäftsstelle entstehen, führen die Verbände aus dem Ertrag ihrer Sammlungen einen bestimmten jährlich neu festzusetzenden Prozentsatz an die Arbeitsgemeinschaft ab.